



KREISVERWALTUNG VULKANEIFEL

Kreisverwaltung Vulkaneifel ☒ Postfach 12 20 ☒ 54543 Daun

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 20 03 61
56003 Koblenz

Naturschutzfachliche Stellungnahme:
Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG),
hier: Repowering und Betrieb von zwei Windenergieanlagen des Typs ENERCON
E160 EP5 E3 mit 166,6 Metern Nabenhöhe, Nennleistung 5,5 MW

Ihr Schreiben vom 24. Oktober 2023, Aktenzeichen: 21a/07/5.1/2023/0077KES

Anlagen: - Aufstellung über Auslagen / Gebühren der Unteren Naturschutzbehörde

Antragsteller: C & C Windenergie GmbH & Co. KG
Gemarkung: Hallschlag
Flur: 12, 13
Flurst.-Nr(n).: 63/1, 63/2 32

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Dienststelle wurde am Zulassungsverfahren für das Repowering und den Betrieb von zwei Windenergieanlagen in der Gemarkung Hallschlag beteiligt. Im Rahmen der Beteiligung, teilen wir als Untere Naturschutzbehörde folgendes mit:

Dem Verfahren entgegenstehende Belange von Natur und Landschaft zu den geplanten Windenergieanlagen in der Gemarkung Hallschlag werden nicht vorgetragen.

Entsprechend den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 BNatSchG) kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung, insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien, eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt entsprechend als Abwägungsgrundsatz, der von den Naturschutzbehörden zu beachten ist.

Das Vorhaben liegt im Landschaftsschutzgebiet „Naturpark Nordeifel“.

21.05.2024

Abteilung
Struktur- und Kreisentwicklung

Unser Zeichen

7-5545-11-22-24/044

Auskunft erteilt

Dr. rer. nat. Hendrik

Albrecht

Zimmer

213

Außenstelle:

Freiherr-vom-Stein-Str.

15a

Telefon

06592/933-581

Telefax

06592/933-6575

E-Mail

hendrik.albrecht

@vulkaneifel.de

Bürgerservice

info@vulkaneifel.de

06592/933-0

www.vulkaneifel.de

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Kreisverwaltung Vulkaneifel
Mainzer Straße 25
54550 Daun
Gläubiger-ID: DE08ZZZ00000151048
Leitweg-ID: 072330000000-001-61
Umsatzsteuer-ID: DE149932317

Bankverbindungen
Kreissparkasse Vulkaneifel
Postbank Köln
VR Bank RheinAhrEifel eG

IBAN
DE78 5865 1240 0000 0006 04
DE12 3701 0050 0026 2965 06
DE82 5776 1591 0363 6362 00



Dem Vorhaben zum Repowering und Betrieb von zwei Windenergieanlagen des Typs ENERCON E160 EP5 E3 mit 166,6 m Nabenhöhe, Rotorradius 80 m, Gesamthöhe 246,6 m, mit einer Nennleistung von 5.5 MW in der Gemarkung Hallschlag, Flur 12, Flurstücke 63/1 und 63/2 sowie Flur 13, Flurstück 32 wird, auf Grundlage der vorgelegten Fachbeiträge, -gutachten und Planungen zu den Belangen Natur- und Artenschutz, **mit folgenden Maßnahmen zugestimmt:**

1. Die eingereichten naturschutzfachlichen Unterlagen, insbesondere der UVP-Bericht mit integriertem Fachbeitrag Naturschutz (FBN) (BGH Plan Stand: August 2023) und die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) (raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) sind zum verbindlichen Bestandteil einer Zulassung nach dem BImSchG zu erklären.
2. Die im FBN (BGH Plan Stand: August 2023) dargelegten naturschutzfachlichen Maßnahmen zum Schutz, zur Vermeidung, Minderung und zur Kompensation (Maßnahmen V1 – V9, A1 – A3, L1) sind in den Planunterlagen entsprechend und in hier aufgeführter Ergänzung durchzuführen. Maßgebliche Abweichungen sind im Vorfeld mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
3. Vor Eingriffsbeginn sind die Grundstücke für Maßnahmen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen auf Grundlage des § 5 LKompVO durch eine dingliche Sicherung nachzuweisen (vgl. § 5 LKompVO). Die dingliche Sicherung erfolgt durch Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zugunsten der Unteren Naturschutzbehörde. Durch die dingliche Sicherung ist zu gewährleisten, dass die Maßnahmen durchgeführt und gegebenenfalls auch gegenüber künftigen Eigentümern, Besitzern und sonstigen Nutzungsberechtigten des Grundstücks durchgesetzt werden kann (§ 5 (1) LKompVO). Entsprechend ist die Nutzung sowie Beschränkungen der Nutzungen, entsprechend der jeweiligen Maßnahmenbeschreibung im FBN (BGH Plan Stand: August 2023) einzutragen. (**Aufschiebende Bedingung**)
4. Zur Absicherung der Durchführung der Wiederherstellungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen ist vor Baubeginn eine **Sicherheitsleistung** in Form einer unbefristeten Bankbürgerschaft zu hinterlegen. Die Höhe der Bankbürgerschaft für das aktuelle Verfahren ist noch festzulegen. Hierfür ist eine nachvollziehbare Kostenschätzung für sämtliche Kompensationsmaßnahmen vorzulegen. Die Bürgerschaft wird – ggf. anteilig – zurückgegeben, wenn die Maßnahmen (Wiederherstellung temporär genutzter Bereiche, Vermeidungsmaßnahmen, Kompensationsmaßnahmen etc.) und, im Falle von Ansaaten oder Pflanzungen, nach einem Standjahr mängelfrei abgenommen wurden. (**Aufschiebende Bedingung**)
5. Vor Eingriffsbeginn sind die erforderlichen Eintragungen von Eingriff und Kompensation im KomOn Service Portal (KSP) durch den Eingriffsverursacher entsprechend der Vorgaben der Landeskompensationsverzeichnisverordnung (LKompVzVO) vorzunehmen oder vornehmen zu lassen (Datenbereitstellung). Die Eintragungen beinhalten u.a. Angaben über den Ausgangs- und Zielzustand der Kompensationsflächen nach § 3 (2) Nr. 5 LKompVzVO auf Grundlage der Biotopkartieranleitung für

Rheinland-Pfalz sowie Angaben über die Zeiträume zur Herstellungs-, Entwicklungs- und Unterhaltungspflege der Kompensationsmaßnahmen gemäß § 3 (6) LKompVO. Die Eintragungen sind durch die Untere Naturschutzbehörde als „ohne Beanstandung“ zu verzeichnen. (**Aufschiebende Bedingung**)

6. Zur Vermeidung von Schäden an wertvollen Biotopstrukturen sind entsprechend Darstellung und Maßgabe der Maßnahme V5 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) vorhandene Wege zu Nutzen. Bei Neuanlage von Wegen ist auf ausreichenden Abstand zu Gehölzen (wegebegleitende Hecken und Baumreihen, solitäre Eiche gemäß Karte 2 zum FBN) zu achten.
7. Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Bodens und des Wasserhaushaltes sind entsprechend Darstellung und Maßgabe der Maßnahme V7 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) Erdkabel in vorhandene Wege zu verlegen.
8. Zur weiteren Minimierung des Eingriffs in das Landschaftsbild und zur Vermeidung von Kollisionen bei geringer Flughöhe ist die Anlage (Turm, Gondel, Flügel), entsprechend der Maßnahme V8 im FBN (BGH Plan Stand: August 2023), in nicht reflektierenden, matten, gedämpften weißgrauen bzw. hellgrauen Farbtönen zu halten (Ausnahme: aus Gründen der Flugsicherheit vorgeschriebene Kennzeichnungen; abgestufte Grüntöne auf den untersten 30 m sind zulässig und erwünscht). Für die Tages- und Nachtkennzeichnung der Anlage sind auch aus landschaftspflegerischen Gründen die modernsten Verfahren (u.a. „Dimmen“ der Befeuerung der Grundlage des Einsatzes eines Sichtweitenmessgerätes, Synchronisierung der nächtlichen Befeuerung der beantragten WEAn) zu verwenden, welche die geringste optische Auffälligkeit für die Bewohner des Raumes hervorrufen.
9. Zur Kompensation von Eingriffen in den Naturhaushalt, insbesondere Boden und Wasser, sind Altanlagen entsprechend Darstellung und Maßgabe Maßnahme A1 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) umzusetzen.
10. Zur Kompensation von Eingriffen in den Naturhaushalt ist auf den Mastfuß- und Kranstellflächen der vier rückzubauenden Windenergieanlagen eine (gelenkte) Sukzession entsprechend der Darstellung und Maßgabe der Maßnahme A2 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) zu zulassen und zu fördern. Die Kompensationsmaßnahme ist im Sinne des Punktes 3 rechtlich zu sichern.
11. Temporäre Lager- und Montageflächen sind nach Darstellung und Maßgabe der Maßnahme A3 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) umzusetzen.
12. Insoweit bei Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen eine Wiederbegrünung durch Ansaat erforderlich wird, ist entsprechend § 40 BNatSchG, ausschließlich zertifiziertes Saat- und Pflanzgut gebietseigener Herkunft zu verwenden. Zulässig ist ebenfalls die Begrünung der Flächen durch Mahdgutübertragung oder mittels Heudrusch-Verfahren, wobei lokales, möglichst aus der Gemarkung Hallschlag stammendes Pflanzenmaterial zu verwenden ist.

13. Die Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Fauna sind insbesondere nach Maßgabe der Darstellung der Maßnahmen V2, V3 und V4 des FBN (BGH Plan Stand: August 2023), der Maßnahmen VM1 bis VM4 der saP (raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) sowie der unter Ziffer 14 bis 16 (inklusive Unterpunkte) genannten Konkretisierungen und Ergänzungen umzusetzen.
14. Zur Vermeidung der Tötung oder Verletzung von Exemplaren europäischer Vogelarten nach Abschnitt 1 der Anlage 1 zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG durch Windenergieanlagen sind Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen entsprechend der Maßnahme V2 im FBN (BGH Plan Stand: August 2023) bzw. Maßnahme VM 2 in der saP (raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) umzusetzen. Demnach sind bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen (Grünlandmahd, Ernte von Feldfrüchten), die weniger als 250 m Entfernung vom Mastfußmittelpunkt einer Anlage gelegen sind, die Windenergieanlagen ab Beginn des Bewirtschaftungsereignisses bis mindestens 48 Stunden nach Beendigung des Bewirtschaftungsereignisses jeweils von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang abzuschalten.

Die Maßnahme ist entsprechend Punkt 3 rechtlich zu sichern. Wird die Fläche nicht durch den Eigentümer selbst bewirtschaftet, ist eine entsprechende vertragliche Vereinbarung mit dem jeweiligen Bewirtschafter analog zu Punkt 3 nachzuweisen.

15. Maßnahmen zu Rodungen und Rückschnitten von Gehölzen dürfen, soweit erforderlich und unvermeidlich, ausschließlich im Zeitraum vom 1. Oktober bis 28. / 29. Februar durchgeführt werden (vgl. § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG, Maßnahme V3 im FBN, BGH Plan Stand: August 2023).
16. Der Bau der Anlagen sowie der Zuwegungen und Lagerflächen hat entsprechend Darstellung und Maßgabe der Maßnahmen V3 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) und der Maßnahme VM 3 „Zeitfenster für die Baufeldfreimachung“ der saP (raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) zu erfolgen. Alternativ ist vor Räumung des Baufeldes eine Kontrolle auf möglicherweise vorhandene Gelege von brütenden Feldvögeln durchzuführen. Diese wäre im Rahmen der ökologischen Baubegleitung (ÖBB) durchzuführen (vgl. Ziffer 17).

16.1. Pauschal vorsorgliche Abschaltungen im Fledermaus-Aktivitätszeitraum

Entsprechend der Maßnahme V4 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) und der Maßnahme VM4 der saP (raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) sind zur Vermeidung von betriebsbedingten Beeinträchtigungen der örtlichen Fledermauspopulation vorsorgliche Abschaltungen der Windkraftanlagen vorzunehmen.

Die pauschale Abschaltung hat in Anlehnung der Vorgaben der Anlage 6 des Naturschutzfachlichen Rahmens zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz (VSW & LUWG 2012) zu erfolgen:

Im Zeitraum 01. April bis 31. August erfolgt eine Abschaltung der Anlagen ab eine Stunde vor Sonnenuntergang und vom 01. September bis zum 31. Oktober ab drei Stunden vor Sonnenuntergang bis jeweils Sonnenaufgang.

Aus fachlicher Sicht, entsprechend langjährigen und aktuellen Erkenntnissen, sind dabei im Wesentlichen die Parameter Windgeschwindigkeit (m/s), Temperatur (°C) und Luftfeuchtigkeit als Entscheidungskriterien heranzuziehen. Die Abschaltungen haben in niederschlagsarmen Nachtstunden (< 5 mm/h) ab einer Temperatur von 10 °C und Windgeschwindigkeiten < 6 m/s zu erfolgen. Tritt nur einer der beiden Parameter auf, ist eine Abschaltung nicht erforderlich.

Alternativ kann die Messung der relativen Luftfeuchtigkeit die Messung des Niederschlages ersetzen. Ab einer relativen Luftfeuchtigkeit < 90 % kann mit Fledermausaktivitäten gerechnet werden.

Die Messung der Witterungsparameter (Windgeschwindigkeit, Temperatur und Luftfeuchtigkeit) hat in Gondelhöhe bzw. auf der Gondel zu erfolgen. Zudem sind alle Parameter separat an jeder Gondel zu erfassen.

Die vorsorgliche Betriebsbeschränkung durch pauschale Abschaltung ist so lange beizubehalten, bis durch ein zweijähriges bioakustisches Gondelmonitoring die örtlichen Höhenaktivitäten von Fledermäusen erfasst wurden und der Abschaltalgorithmus unter Benutzung der aktuellen Versionen des ProBat-Tools (vgl. 16.2.1) validiert bzw. modifiziert wurde.

Auch ein vor der Inbetriebnahme durchgeführter Probetrieb der Anlagen hat unter Beachtung der o. g. Abschaltungen zu erfolgen, da bereits Kollisionen mit Fledermäusen erfolgen können.

Zur Inbetriebnahme ist der Genehmigungsbehörde eine Erklärung des Fachunternehmens vorzulegen, aus der ersichtlich ist, dass die Abschaltung funktionsfähig ist.

16.2. Bioakustisches Monitoring (Ganzjährige Höhenaktivitätserfassung)

Auf Wunsch des Vorhabenträgers kann, nach Inbetriebnahme der WEA, durch eine zweijährige akustische Untersuchung der Fledermausaktivität in Gondelhöhe (Gondelmonitoring) die Betroffenheit relevanter Arten ermittelt und so die Abschaltung standortspezifisch und parametergestützt angepasst werden.

Mit dem Ziel ein Kollisionsrisiko von Fledermäusen unter Berücksichtigung von Witterungsparametern (Temperatur, Windgeschwindigkeit, relative Luftfeuchte bzw. Niederschlag) zu ermitteln, ist ein Monitoring der gesamten Aktivitätsphase der Fledermäuse für mindestens zwei Jahre bzw. zwei vollständige Aktivitätsperioden der Fledermäuse durchzuführen. Die akustischen Messeinheiten sind im Bereich der Gondel zu installieren. Die nächtliche Aufzeichnungsphase hat ab drei Stunden vor Sonnenuntergang bis -aufgang zu erfolgen.

Um standortspezifische fledermausangepasste Betriebsparameter zu ermitteln, muss mindestens während zweier aufeinanderfolgender Fledermaus-Aktivitätsperioden ein Gondelmonitoring gemäß der RENEBAT III-Methode und der dort definierten Parameter durchgeführt werden (Fundstelle: Weber, N., Nagy, M., Hochradel, K., Mages, J., Naucke, A., Schneider, A., Stiller, F., Behr, O., Simon, R. (2018). *Akustische Erfassung der Fledermausaktivitäten an Windenergieanlagen*. In: *Bestimmung des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen in der Planungspraxis – Endbericht des Forschungsvorhabens gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Förderkennzeichen 0327638E)*. O. Behr et al. Erlangen /Freiburg / Ettiswil.). Dazu zählen unter anderem korrekte Uhrzeiten der Aufzeichnungen und die Kalibrierung und Einstellung des jeweils in der Gondel installierten Mikrofons (Detektors). Parallel sind die herrschenden Wetterbedingungen differenziert aufzuzeichnen.

Das Monitoring muss entsprechend obiger Ausführungen insgesamt mindestens zweimal den Zeitraum vom 1. März bis zum 30. November vollständig umfassen und gleichzeitig mit der Inbetriebnahme, sofern sie in diesen Zeitraum fällt, ansonsten mit dem unmittelbar auf die Inbetriebnahme folgenden 1. März beginnen.

Die vor dem Einbau des akustischen Erfassungsgerätes (Detektor) erforderliche ordnungsgemäße Geräte-Kalibrierung ist schriftlich nachzuweisen.

Nach Abschluss der ersten vollständigen Fledermaus-Aktivitätsperiode, ist spätestens nach drei Monaten auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse von einem anerkannten Fledermaussachverständigen eine fachliche Beurteilung und eine gutachterliche Bewertung der bisherigen Betriebsbeschränkungen vorzunehmen. Angaben zu den Laufzeiten des Gerätes sind im Fachgutachten explizit zu benennen. Soweit Datenlücken auftreten, sind diese entsprechend darzulegen und zu begründen.

Die Anlagen sind dann in der darauffolgenden Fledermaus-Aktivitätsphase nach Abstimmung und nach Maßgabe des Punktes 16.2.1 zu betreiben.

Nach Abschluss des Monitorings der zweiten vollständigen Fledermaus-Aktivitätsperiode (1. März bis zum 30. November) und erneuter Vorlage einer fachlich fundierten Empfehlung (einschl.fassungsergebnis und Ergebnis der Klimadaten-Messung) durch den Gutachter bis spätestens drei Monate nach Abschluss des Monitorings, werden die endgültigen Betriebsbeschränkungen für jede einzelne Anlage, soweit erforderlich, nach Maßgabe des Punktes 16.2.1 festgelegt.

Sollte eine Fledermaus-Aktivitätsperiode fehler- oder lückenhaft aufgezeichnet worden sein, oder sonstige fachliche Mängel der Daten durch einen Fachgutachter oder die Untere Naturschutzbehörde festgestellt werden, ist das Monitoring um eine weitere Fledermaus-Aktivitätsperiode zu verlängern.

Kosten der Untersuchungen/Datenerhebungen/Berichte zum Themenbereich „Fledermäuse“ sind von der Antragstellerin/Genehmigungsinhaberin zu tragen.

Die Gesamtverantwortlichkeit ist von einem erfahrenen Fledermausgutachter-/In mit nachweislicher Erfahrung auf dem Gebiet Monitoring von Fledermäusen, zu übernehmen.

- 16.2.1. Nach dem ersten Monitoring einer kompletten Fledermausaktivitätsperiode (1. März bis zum 30. November) sind auf Grundlage der erhobenen Daten die bestehenden Betriebsbeschränkungen fachgutachterlich zu überprüfen und anzupassen. Für die Validierung sowie die Anpassung der Betriebsbeschränkungen ist die aktuellste Version des ProBat-Tools (Fundstelle: www.probat.org) zu verwenden.

Die Überprüfung und Anpassung ist mit dem Bericht nach Punkt 16.2 der Genehmigungsbehörde vorzulegen und mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Eine weitere Anpassung der Betriebsbeschränkungen unter Verwendung des ProBat-Tools kann nach Monitoring einer kompletten zweiten Fledermaus-Aktivitätsperiode (1. März bis zum 30. November) erfolgen. Hierbei ist entsprechend vorangehender Maßgaben vorzugehen.

Eine freiwillige Fortführung des Monitorings sowie Validierung und ggf. Anpassung der Betriebsbeschränkung durch die Betreiberin / Genehmigungsinhaberin nach oben beschriebenen Kriterien ist möglich.

- 16.2.2. Die Beauftragung eines für das Fledermaus-Monitoring qualifiziertes Fachbüro / qualifizierte Gutachter-/In, ist gegenüber der Genehmigungsbehörde und der Unteren Naturschutzbehörde vor Inbetriebnahme der Anlagen schriftlich nachzuweisen.
- 16.2.3. Die Übergabe erfasster Daten erfolgt als tabellarische Auflistung (übliches Datenformat, z. B. MS-Office-Formate) mit eindeutiger Zuordnung der Betriebszeiten zu den jeweiligen Klimabedingungen (filterbar). Dabei müssen mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit, Temperatur, relative Luftfeuchte bzw. Niederschlag und elektrische Leistung im 10 min-Mittel erfasst und abgebildet werden.
- 16.2.4. Bei nicht korrekter Umsetzung der hier formulierten Anforderungen an die Betriebsbeschränkungen und das Fledermausmonitoring behält sich die Untere Naturschutzbehörde vor, pauschale Abschaltzeiten auf Grundlage genereller Annahmen festzulegen (vgl. Hinweis a)).

17. Im Sinne des § 9 Absatz 3 Satz 4 LNatSchG) sind sämtliche Baumaßnahmen sowie Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen durch eine qualifizierte Ökologische Baubegleitung (ÖBB) gemäß § 9 Abs. 3 LNatSchG vor Ort zu überwachen. Diese ist vor Baubeginn der Unteren Naturschutzbehörde zu benennen.

- 17.1. Die ÖBB ist zu allen wesentlichen Zeitpunkten, sowohl während der Vorbereitung und Durchführung der Bauvorhaben, als auch während der Umsetzung der landchaftspflegerischen Maßnahmen, hinzuzuziehen.

Sie hat die Auflagen und plangerechte Durchführung der naturschutzfachlichen Maßnahmen zu gewährleisten. Dies umfasst sämtliche in der Zulassung, im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) und der saP (raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) formulierten naturschutzrechtlichen und -fachlichen Maßnahmen. Änderungen in der Ausführung sind von der Bauherrin mit der ÖBB vorher zu erörtern und mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

- 17.2. Die Durchführung der festgelegten naturschutzrechtlichen Bestimmungen des Zulassungsbescheids hat die Genehmigungsinhaberin mit Hinzuziehung der ÖBB vor Ort entsprechend § 17 Abs. 7 BNatSchG i. V. m. § 9 Abs. 3 LNatSchG in einem qualifizierten Bericht (Text und Fotos) zu dokumentieren. In diesem ist u.a. nachvollziehbar darzulegen, ob
- a) die festgelegten Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen vollständig umgesetzt / beachtet wurden und die mit diesen Maßnahmen verfolgten Ziele erreicht werden können,
 - b) der Rückbau der temporär benötigten Anlagen ordnungsgemäß erfolgt ist,
 - c) die Wiederherstellungs- und Ausgleichsmaßnahmen vollständig umgesetzt / beachtet wurden und die mit diesen Maßnahmen verfolgten Ziele erreicht werden können,
 - d) die artenschutzrechtlichen (Vermeidungs-)Maßnahmen vollständig umgesetzt / beachtet wurden und die mit diesen Maßnahmen verfolgten Ziele erreicht werden können.
- 17.3. Ein Zwischenbericht ist innerhalb von drei Monaten nach Inbetriebnahme der Anlagen der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen, der vollständige Bericht ist innerhalb von neun Monaten nach Inbetriebnahme vorzulegen.
- 17.4. Die Festlegung notwendiger weiterer Maßnahmen auf Rechtsgrundlage des § 3 Abs. 2 BNatSchG bleibt ausdrücklich vorbehalten.
18. Die Kompensationsmaßnahmen A1 bis A3 im FBN (BGH Plan, Stand: August 2023) sind unmittelbar nach Fertigstellung der Anlagen und Rückbau der temporär genutzten Flächen umzusetzen.

Der Unterhaltungszeitraum nach § 3 Absatz 6 LKompVO ist für die Dauer von 30 Jahren festzusetzen.

Entsprechend Ziffer 3 sind die Maßnahmen vor Baubeginn rechtlich zu sichern.

Hinweise

- a) Die Festlegung notwendiger weiterer Maßnahmen auf Rechtsgrundlage des § 3 Absatz 2 BNatSchG bleibt ausdrücklich vorbehalten.
- b) Das Vorhaben liegt im Landschaftsschutzgebiet „Naturpark Nordeifel“ mit Rechtsverordnung vom 6. Mai 2010. Bei Planungen, die der Erschließung des Windparks dienen und im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Antrags keine Berücksichtigung gefunden haben, werden gegebenenfalls weitere naturschutzrechtliche Genehmigungen z. B. im Rahmen von Wegebau, bauliche Anlagen, Energiefreileitungen o. ä. erforderlich.
- c) Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Rotmilans und im Gebiet vorkommender Fledermausarten sind jeweils Betriebsbeschränkungen erforderlich. Im Sinne des § 45b Absatz 6 BNatSchG können diese Maßnahmen als „unzumutbar“ gelten. Sie sind jedoch erforderlich, um ein signifikantes Tötungs- und Verletzungsrisiko besonders geschützter Arten zu vermeiden. Insoweit die Antragstellerin diese Maßnahmen nicht verlangt, ist eine Ausnahme im Sinne des § 45 Absatz 7 BNatSchG erforderlich. Die entsprechende Ausnahme ist bei der zuständigen Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als Obere Naturschutzbehörde zu beantragen (vgl. Landesverordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege (NatSchZuVO) vom 21. Mai 2021)

Begründung

Mögliche Bedenken bezüglich der Vereinbarkeit der beantragten Windenergieanlagen mit raumordnerischen Belangen, den Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Gerolstein sowie dem Landschaftsschutzgebiet „Naturpark Nordeifel“, wurden im Rahmen der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde vom 14.11.2023 erörtert.

Insoweit die o.g. Belange als nicht relevant bzw. der Genehmigung nicht entgegenstehend eingestuft werden, kann aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege dem Vorhaben zum Repowering und Betrieb von zwei Windenergieanlagen zugestimmt werden.

Die vorgelegten naturschutzfachlichen Antragsunterlagen, insbesondere der UVP-Bericht mit integriertem Fachbeitrag Naturschutz (FBN) (BGH Plan, Stand: August 2023) sowie die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung Stufe II (raskin, Umweltplanung und Umweltberatung GbR, Stand: 10. Mai 2023) zeigen die zu erwartenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft auf. Grundsätzlich ist anzunehmen, dass die entsprechenden erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch Maßnahmen vermieden, gemindert und ausgeglichen werden können.

Ersatzgeldzahlungen für die nicht-ausgleichbaren Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes nach §§ 6 ff. LKOMPVO fallen vorliegend nicht an. Bei Repowering-Vorhaben sind die zurückbauenden Anlagen zu berücksichtigen. Es werden sechs Windenergieanlagen zurückgebaut und zwei Anlagen neu errichtet. Ersatzgelde sind entsprechen der gesetzlichen Regelung nicht erforderlich.

Im Hinblick auf das Vorkommen des Rotmilans sind Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen erforderlich. Die Maßnahmen sind entsprechend der Anlage 1 Abschnitt zu § 45b Absatz 1 bis 5 BNatSchG umzusetzen und gelten entsprechend als fachlich anerkannt.

Hinsichtlich lokal zu erwartender Fledermausvorkommen sind pauschale Abschaltungen der WEA erforderlich. Die Abschaltungen können künftig, basierend auf einem zweijährigen Gondelmonitoring, modifiziert werden. Die Nebenbestimmungen basieren auf den aktuellsten landesspezifischen Vorgaben zum Schutz von Fledermäusen beim Bau und Betrieb von WEA (<https://lfu.rlp.de/natur/artenvielfalt-in-der-energiewende/erneuerbare-energien-und-naturschutz>).

Die Betriebsbeschränkungen sind erforderlich, um ein signifikantes Verletzungs- und Tötungsrisiko besonders geschützter Arten zu vermeiden.

Eine ökologische Baubegleitung ist bei entsprechenden großen Vorhaben obligatorisch und dient der Einhaltung umfangreicher Nebenbestimmungen und somit letztlich der Rechtsicherheit.

Gebühren

gemäß § 9 und 10 des Landesgebührengesetzes (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) und in Verbindung mit 1.1.2.1 der Landesverordnung über Gebühren auf dem Gebiet des Umweltrechts (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 28.08.2019 werden Gebühren erhoben.

Gebührenfestsetzung: 2.451,40 €

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

gez.

Dr. rer. nat. Hendrik Albrecht

A U F S T E L L U N G
über die Verwaltungsgebühren und Auslagen
der Kreisverwaltung Vulkaneifel, Untere Naturschutzbehörde

Kostenpflichtiger: Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Postfach 20 03 61,
56003 Koblenz

Ihr Zeichen: 21a/07/5.1/2023/0077KES

Vorhaben: Repowering und Betrieb von zwei Windenergieanlagen des Typs ENERCON
E160 EP5 E3 mit 166,6 Metern Nabenhöhe, Nennleistung 5,5 MW, Fa. C&C
Windenergie GmbH

Rechtsgrundlage:

§§ 9 und 10 des Landesgebührengesetzes (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) und in Verbindung mit 1.1.2.1 der Landesverordnung über Gebühren auf dem Gebiet des Umweltrechts (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 28.08.2019.

1. Verwaltungsgebühren

Zeitaufwand / ggf. Ortstermin

35 Std. dritten Einstiegsamt à 70,04 € je Stunde

2.451,40 €

2. Auslagenerstattung

Fahrtkosten km à 0,30 €

3. sonstige Auslagen, z.B. Kopien

4. Gesamtbetrag

2.451,40 €

Wir bitten Sie, den v.g. Betrag zusammen mit Ihren Gebühren einzuziehen und auf folgendes Konto

- IBAN: DE78586512400000000604
- BIC: MALADE51DAU
- Kreissparkasse Vulkaneifel

unter Angabe der
Kennziffer

2024-047 **7-5545-11-22-24/044**
zu überweisen.

Im Auftrag:
gez.

Dr. rer. nat. Hendrik Albrecht